

Zeitschrift: FRAZ : Frauenzeitung
Band: - (1996-1997)
Heft: 3

Artikel: Zwischen Baukasten und Sankt Nimmerlein : Strategien gegen Deregulierung und Flexibilisierung
Autor: Braun, Anneliese
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1053738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Baukasten und Sankt Nimmerlein

Strategien gegen
Deregulierung und Flexibilisierung

Die Forderungen feministischer Politik müssen der Situation in den späten 90er Jahren angepasst werden und deshalb von der heutigen Deregulierung ausgehen, meint die Autorin. «Qualifikationsoffensive», subventionierte Teilzeitstellen, Jahres- und Lebensarbeitszeit schlägt sie als zeitgemäße Antworten auf die Deregulierung der Wirtschaft vor.

Von Anneliese Braun*

Unter dem Druck von Strukturkrisen, Massenarbeitslosigkeit und Haushaltlöchern bedienen Flexibilisierung und Deregulierung derzeit einseitig Unternehmensinteressen. Erwerbstätigen und Erwerbslosen wird mit der Verlagerung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen gedroht, falls sie nicht bereit sind, empfindliche Abstriche am Lebensstandard hinzunehmen. Das Akzeptieren von Verschlechterungen wiederum ermutigt den Appetit der Unternehmen weiter und fördert somit die nach unten gerichtete Spirale des Abbaus sozialer Rechte. Wohin wird dieses ständige Zurückweichen vor dem Druck der Unternehmen führen? Werden dadurch schliesslich Rechtsstaat und zivilgesellschaftliche Entwicklungen ausgehöhlt und akut gefährdet? Diese Frage ist höchst aktuell, wenn der – wie im einzelnen auch immer bewertete – Sozialstaat durch unbegrenzten marktwirtschaftlichen Wildwuchs abgelöst wird, grosse Teile der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit ausgrenzt bleiben und die Polarisierung zwischen arm und reich zunimmt. Deshalb ist es wichtig, sich darüber zu verständigen, ob es einfach dem Sinn für Realitäten entspricht, sich damit abzufinden, immer tiefer in das Karussell von Deregulierungen hineingezogen zu werden oder ob es Alternativen gibt.

Keine «Politik der kleinen Nadelstiche»
Feministische Politik ist ins Rutschen gekommen, weil sie zu lange an Positionen und Forderungen unverändert festgehalten hat, welche der Situation in den 90er Jahren in vielem nicht mehr entsprechen. Neue Politikansätze müssten deshalb von den Veränderungen ausgehen, welche sich inzwischen bei Deregulierung und Flexibilisierung herauskristallisieren. Neue Trends zeigen sich vor allem in der inzwischen erreichten Stärke, der Intensität und Ausbreitung einer fast ausschliesslich auf UnternehmerInneninteressen ausgerichteten Flexibilisierung. Frauen können davon profitieren. Mehrheitlich erleiden sie es jedoch, und die Flexibilisierung der Wirtschaft ist für sie mit Verlusten verbunden. Offen ist, ob die gemeinsame Betroffenheit von Facharbeiterinnen sowie von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und von Män-

nern zu gemeinsamen Aktivitäten führen kann. Derzeit ist es eher so, dass sich der Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze zwischen den Geschlechtern verschärft. Unterprivilegierte Männer sind in der Regel besser organisiert als Frauen. Sie setzen sich somit selbst in Niedriglohnbereichen gegen Frauen durch und drängen diese in Teilzeit- sowie in andere ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse.

Ein Trend zu Niedriglöhnen wird durch derzeitige Formen internationaler Mobilität (Migration) gefördert. Dadurch wächst auch die Konkurrenz um Frauen-Arbeitsplätze (zum Beispiel Pflegerinnen, Krankenschwestern sowie Hausangestellte). Es sind deshalb internationale gemeinsame Strategien erwerbstätiger und erwerbssuchender Frauen (und Männer) gefragt.

Entwertung von Frauenarbeit zeigt sich aber auch weiterhin in der bekannten Beschäftigung vieler Frauen unter ihrer Qualifikation. So verdrängen nicht nur Männer mit einer schlechteren Qualifikation höher qualifizierte Frauen von ihren Arbeitsplätzen, sondern Akademikerinnen wiederum verdrängen Facharbeiterinnen und diese wieder un- und angelernte Frauen. Dieser Trend beschneidet die - sowieso schon begrenzten - emanzipatorischen Effekte von Erwerbsarbeit immer mehr und bringt vor allem weniger verdienende, alleinerziehende erwerbstätige Frauen dauerhaft an den Rand der Armut.

Wachsende Teilnahme von Frauen an der Erwerbsarbeit ist deshalb kein «Wert an sich». Sie muss danach analysiert werden, ob und in welchem Mass sie emanzipatorische Potenzen eröffnet, d.h. vor allem, wie sie Frauen hilft, ökonomisch unabhängig zu werden. Das bedeutet, immer wieder zu prüfen, ob das Arbeitseinkommen existenzsichernd ist (einschliesslich einer Altersversorgung), ob das Arbeitszeitregime persönlich frei wählbar ist und wie es nach lebensbiographischen Erfordernissen flexibel gestaltet werden kann, ob die Qualifikation abgefordert und ob zur weiteren Qualifizierung motiviert wird.

«Qualifikationsoffensive»

Die Tatsache, dass Frauen nach wie vor unter ihrer Qualifikation beschäftigt werden, darf keineswegs dazu führen, weitere Qualifizierung geringzuschätzen. Erforderlich wäre im Gegenteil eine Qualifikationsoffen-

sive, damit Frauen aller Altersgruppen sich eine solide und genügend breite Ausbildung erarbeiten können, welche sie in die Lage versetzt, auf vielen Gebieten flexibel einsetzbar zu sein und selbstständig ihre Bildung immer wieder zu erneuern. Das müsste sowohl die Qualifizierung in der Privatwirtschaft betreffen als auch die Befähigung, selbstständig ein Geschäft zu eröffnen, sich an anderen eigenständigen Projekten zu beteiligen sowie zur Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs. Eine solche Qualifikationsoffensive müsste sich befreien von den engen Zwängen einer «Weiterbildung», welche allzuoft nur eine scheinbare Qualifizierung vorgibt, tatsächlich aber zu Dequalifizierung führt. Für zu enge Qualifizierung wird derzeit ungeheuer viel Geld ausgegeben.

Eine Qualifizierungs offensive müsste den Lebensläufen von Frauen insofern angepasst sein, als sie gewissermassen ein

Foto: Gretler's Panoptikum zur Sozialgeschichte/Uri Urech



«Baukastensystem» von Bildungsmassnahmen bis zum Erwerb akademischer Grade aufbaut, in das Frauen jeweils problemlos ein- und nach Bedarf wieder zeitweilig aussteigen können. Eine Qualifizierungsoffensive würde allerdings weitgehend verhallen, wenn es Frauen nicht gelingt oder sie nicht dazu bereit sind, das derzeit noch vorwiegende «Nacheinander» von Erwerbsarbeit und Familie durch ein «Nebeneinander» abzulösen.

Subventionierte Teilzeitarbeit

Als Gegenkonzept zur reinen und möglichst noch ungeschützten Teilzeitarbeit, welche Unternehmen praktizieren und konservative PolitikerInnen preisen, ist eine Subventionierung von Teilzeit-Arbeitsstellen denkbar: für in Teilzeitstellen Beschäftigte werden die vollen Beiträge an Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und AHV bezahlt. Vorschläge in diese Richtung sind seit Jahren

bekannt. Es sind politische Kraft und ein frauenpolitischer Wille notwendig, um die Öffentlichkeit beharrlich mit diesen Forderungen zu konfrontieren. Auch wenn diese Vorstellungen derzeit «nicht in die Gegend zu passen» scheinen, mit Forderungen auf günstigere Bedingungen zu warten, würde bedeuten, sie faktisch auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben.

Bisherige kollektive Schutznormen wie die von den Gewerkschaften ausgehandelten Vereinbarungen und Gesamtarbeitsverträge haben inzwischen weitgehend ihre regulierende Funktion eingebüßt. Es wird seit längerem über neue kollektive Schutznormen, welche der Flexibilisierung der Arbeitszeit Rechnung tragen, diskutiert. Eine Aufrechnung der Arbeit in Jahres- und Lebensarbeitszeit ist eines der möglichen Modelle. Frauen (und Männer) könnten wählen, wann sie persönlich Zeit in Anspruch nehmen wollen für Weiterbildung, für Betreu-

ung von Kindern und pflegbedürftigen Angehörigen, für freie Projekte und anderes. So wäre eine Zeitsouveränität denkbar und die Möglichkeit, in bestimmten Lebensphasen Teilzeit zu arbeiten, mit dem Recht, zur Vollzeitarbeit zurückzukehren, und zwar mit dem vollen Schutz der ArbeitnehmerInnen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter. Solche kollektiven Schutzrechte könnten den speziellen Belangen weiblicher Berufsbiographien in vielerlei entgegenkommen. In engem Zusammenhang damit sollte auch die Umbelebung von Arbeit gesehen werden: Familienarbeit, Arbeit zur unmittelbaren Reproduktion des Lebens, ehren-

amtliche und soziale Pflegearbeit sollte zu Ansprüchen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter berechtigen.

Ohne Emanzipation kein Überleben

Globale und totale Warenwirtschaft führt über weltweit freien Ressourcenfluss schon heute dazu, dass immer mehr Regionen und Ressourcen für das Kapital nicht länger interessant sind und faktisch schon partiell aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess herausfallen (wenigstens soweit es die Produktion betrifft). Das gilt nicht mehr nur für weite Gebiete des Trikont, sondern für immer zahlreicher werdende Regionen in Industrieländern: für die altindustriellen Gebiete der USA und Englands, für weite Teile Ostdeutschlands, für Osteuropa, ebenso wie für nicht wenige ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen in Frankreich, Italien, Deutschland und anderen Ländern.

Dazu kommt, dass nicht nur in diesen Regionen mit der noch weiter anwachsenden Sockelarbeitslosigkeit schon bis zu 30% der erwerbsfähigen Bevölkerung dauerhaft aus einer Erwerbsarbeit ausgesetzt sind. Aktuell wird deshalb die Frage nach lokalen alternativen Formen des Wirtschaftens und Kommunizierens, wobei keineswegs der Illusion gehuldigt wird, Ausgegrenzte allein könnten solche Alternativen schaffen.

Zukunftsträchtige Alternativen zur profitorientierten Warenwirtschaft müssten dauerhafte Grundlagen nicht allein für das bloße Überleben, sondern für ein selbstbestimmtes Handeln, eine Entfaltung aller Fähigkeiten und für ein zivilisiertes Zusammenleben von Männern und Frauen schaffen. Das bedeutet insbesondere, gegen totale Vermarktung anzugehen, systematisch Freiheiten zu erkämpfen und zu erweitern, welche sich außerhalb des Reiches der Notwendigkeit befinden. Vor allem bezieht sich das auf Wissen, Kunst, Diskurs- und Konsensfähigkeit, um in der Lage und bereit zu sein, gemeinschaftlich Bedürfnispräferenzen festzulegen, welche Lebensgrundlagen verbessern. Kommunikatives Handeln ist zunehmend gefragt, um Lebensgrundlagen gegen wachsende moralische Degradation zu verteidigen.

*Anneliese Braun ist Ökonomin und lebt in der Nähe von Berlin

Durch den weltweiten freien Ressourcenfluss fallen immer mehr Regionen aus dem kapitalistischen Produktionsprozess heraus, so die Textilindustrie in der Schweiz



Entfesselter Markt und schlanke Betriebe

Deregulierung –
Auswirkungen auf Frauen

Irène Meier

Die Studie, welche die OEKUMENISCHE FRAUENBEWEGUNG ZÜRICH herausgegeben hat, blickt hinter die Versprechungen und untersucht konkrete Auswirkungen von Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Erfahrungen von Frauen in deregulierten Beschäftigungsverhältnissen dokumentieren eine Vielfalt von prekären Arbeits- und Lebenssituationen.

Preis Fr. 20.– (plus Versandkosten)

Zu beziehen bei:
Oekumenische Frauenbewegung Zürich
Postfach 254
8024 Zürich

**Wenn Sie Eigentümerin eines
Hauses oder einer Wohnung
sind ...**

... dann sind Sie ganz besonders auf eine gute Beratung angewiesen. Aber im Schweizerischen Hauseigentümerverband würden Sie sich nie wohl fühlen. Deshalb gibt es den HAUSVEREIN SCHWEIZ.

Im HAUSVEREIN SCHWEIZ schliessen sich die sozialorientierten und umweltbewussten Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer zusammen. Der HAUSVEREIN SCHWEIZ engagiert sich auch ganz speziell für alle Formen des gemeinschaftlichen Wohneigentums.

Der HAUSVEREIN SCHWEIZ liefert die nötigen Merkblätter und Formulare und berät seine Mitglieder sachkundig z. B. bei Erwerb, Umbau oder Vermietung von Wohnraum sowie bei Neuregelung der Eigentumsverhältnisse. Zudem berichtet die Mitgliederzeitschrift **Hausverein Aktuell** regelmässig über alle Probleme und neuen Entwicklungen rund um das Haus.

Werden Sie Mitglied beim HAUSVEREIN SCHWEIZ. Gerne schicken wir Ihnen die Unterlagen mit Beitrittserklärung.



Postfach 6507, 3001 Bern
Tel. 031 312 15 69
Fax 031 312 23 06

INSTITUT FÜR BILDUNG BERATUNG
& KOMMUNIKATION
BUHLER & HERREN

Projektentwicklung

Projektbegleitung

Seminare

- für Erwerbslose
- für politische Bildung
- für Öffentlichkeitsarbeit
- für Kommunikation
- für Text und Formulierung

Informations- und Bewerbungsseminare für Erwerbslose (IBS)

14. IBS: 16.-27. 09. 96

15. IBS: 18.-29. 11. 96

16. IBS: 2.-14. 12. 96

GARTEMATT 1 8180 BÜLACH 01 860 79 50

IBBK

WoZ
DIE WOCHEZEITUNG

Luisenstrasse 7
Postfach
CH-8031 Zürich
Telefon 01-272 15 00
Fax 01-272 15 01
E-mail woz@woz.links.ch

ZeitSchriften mit dem besonderen Blick
tauschen Anzeigen aus

W o Z u m i t
d e r F r a Z ?
Lesen Sie doch selbst.

Die WoZ jeden Freitag am Kiosk.
Ab 6. September mit
neuem Layout!